



Blickpunkt Brüssel

Der Newsletter der Bayerischen Vertretung bei der Europäischen Union

Ausgabe 02-11 | Juli 2011

Die Themen in dieser Ausgabe:



**>> Ministerpräsident
Seehofer in Brüssel
Im Gespräch mit EU-
Kommissionspräsident Barroso**



**>> Der gläserne
Verbraucher
Wie viel Datenschutz ist nötig in
der Online-Welt?**



**>> European Movement
International Briefing
Jean-Claude Juncker in der
Bayerischen Vertretung**



Bayern in Europa

*Emilia Müller
Bayerische
Staatsministerin für
Bundes- und
Europaangelegenheiten*

Liebe Leserinnen und Leser,

noch vor der traditionellen Brüsseler Sommerpause haben sich Ministerpräsident Seehofer und Kommissionspräsident Barroso am 11.07. zu einem Gespräch über den mehrjährigen europäischen Finanzrahmen, den EU-Haushalt und die Energiepolitik getroffen. Mitten in der schwersten politischen Krise Europas seit die Union existiert kommt diesen Fragen existenzielle Bedeutung zu. Die Haltung der bayerischen Staatsregierung ist klar: Europa wird getragen vom Geist der Solidarität aber auch der Eigenverantwortung. Wir stehen zusammen, aber jeder Staat und alle Bürger müssen zunächst ihre eigenen Dinge in Ordnung halten.

Von Juli 2010 bis Juli 2011 hatte ich für den Freistaat Bayern den Vorsitz der Europaministerkonferenz (EMK) der Länder inne. Auch in diesem Rahmen haben wir die zentralen Herausforderungen ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt: Am 6. und am 7. April waren alle Europaminister der Länder zu Gast in unserer Bayerischen Vertretung, um über die Einbindung der Länder in den Europäischen Stabilitätsmechanismus, über die Energie- und Klimapolitik sowie über die Reform des EU-Haushalts zu diskutieren.

Am 20. April hatte ich die Freude, dem luxemburgischen Premierminister Jean-Claude Juncker die Europamedaille des Freistaates Bayern zu verleihen und damit sein herausragendes Engagement für Europa zu würdigen. Gerade die aktuellen Bemühungen um die Stabilität des Euros zeigen uns, wie wichtig sein unermüdlicher Einsatz für eine Verbesserung der wirtschaftspolitischen Koordinierung unter den Mitgliedsstaaten ist, um die Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion für Europa und uns alle zu sichern.

Ihre Emilia Müller

Aktuelle politische Schwerpunkte Europas

Schuldenkrise

Die Staats- und Regierungschefs der Euro-Länder haben am 21.07.2011 die wohl weitreichendste Entscheidung der letzten Monate getroffen: Sie haben sich auf ein weiteres Rettungspaket für Griechenland geeinigt, an dem sich auch private Investoren beteiligen werden. Insgesamt beläuft sich das zweite Rettungspaket für Griechenland auf 109 Mrd. €. Dieser Betrag soll jeweils in Tranchen gestückelt in den Jahren 2011 bis 2014 erbracht werden. Der Beitrag des privaten Sektors wird insgesamt etwa 50 Mrd. € ausmachen. Dabei sollen voraussichtlich rund 37 Mrd. € dadurch aufgebracht werden, dass Banken und Investoren ihre griechische Staatsanleihen in neue Anleihen mit längerer Laufzeit und niedrigeren Zinsen eintauschen. Der übrige Betrag soll über ein Schuldenrückkaufprogramm erreicht werden, wobei der Beitrag des Privatsektors darin besteht, dass die Anleihen zu einem deutlich niedrigeren Preis zurückgekauft werden als es ihrem Nennwert entspricht.

Die polnische Ratspräsidentschaft, die am 01.07. das europäische Zepter von Ungarn für das zweite Halbjahr 2011 übernommen hat, kann insoweit bereits einen Erfolg verbuchen: Die Reaktion der Finanzmärkte hat gezeigt, dass das Ziel der Sondersitzung, die Finanzstabilität im Euroraum und in den betroffenen Mitgliedstaaten zu sichern, erreicht wurde. Es ist zu erwarten, dass Rat und Europäisches Parlament nach der Sommerpause eine Einigung über das Legislativpaket der Kommission zur Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts finden werden. Wichtig ist, dass die Mitgliedstaaten gleichzeitig ihre Haushaltskonsolidierung weiter vorantreiben und ihre öffentlichen Defizite bis 2013 auf unter 3 % reduzieren und einen ausgeglichenen Haushalt anstreben. Bayern hat durch erhebliche Einsparungen im Doppelhaushalt 2011 / 2012 das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts bereits erreicht.

Schwerpunkte der polnischen Ratspräsidentschaft

Die polnische Ratspräsidentschaft stellt für ihren Vorsitz drei Politikfelder in den Vordergrund:

- „Europäische Integration als Wachstumsquelle“,
- „Sicheres Europa – Ernährung, Energie, Verteidigung“, und
- „Europa, das von seiner Öffnung profitiert“.

Unter Punkt 1 sind vor allem die Stärkung des Binnenmarktes und die Sicherung der mittelfristigen Finanzplanung der EU zu verstehen. Die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2014 werden sicherlich breiten Raum während der polnischen Ratspräsidentschaft einnehmen, zumal die Kommission sich für die Erhebung einer Finanztransaktionssteuer stark macht, die der Gemeinschaft unmittelbar zufließen soll. Diese neue Steuer ist jedoch innerhalb der EU umstritten, da einige Mitgliedstaaten Wettbewerbsnachteile

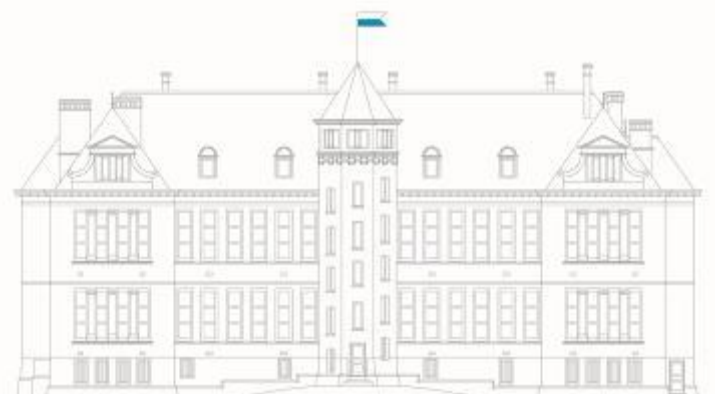
befürchten, wenn die neue Steuer nicht auch in Drittstaaten erhoben wird, die starke Finanzplätze darstellen. Das Europäische Parlament teilt die Auffassung der Kommission und geht in seinen Forderungen nach einer Erhöhung der Eigenmittel noch über die Kommission hinaus.

Punkt 2 „Sicheres Europa“ betrifft eine Vielzahl unterschiedlicher Themen von der Lebensmittelsicherheit, die angesichts der EHEC-Vorfälle in Deutschland neue Aktualität erlangt hat, bis hin zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, einer neuen und nachhaltigen Energie-Außenpolitik und einer Verbesserung des Dialogs zwischen EU und NATO.

Die Öffnung Europas unter Punkt 3 zielt neben der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik vor allem auf die Europäische Nachbarschaftspolitik zu den östlichen Nachbarstaaten aber auch zu den arabischen Staaten rund um das Mittelmeer ab.

Fest steht, dass in Brüssel ein arbeitsreicher Herbst ins Haus steht. Denn die Kommission hat eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, etwa der Verordnungs- und der Richtlinienvorschlag zur Umsetzung des von G20-Staaten beschlossenen Regelwerks über Eigenkapitalanforderungen für Banken Basel III, der Vorschlag für eine Energieeffizienz-Richtlinie, der u.a. vorsieht, dass jährlich mindestens 3 % der Gebäude im Eigentum der öffentlichen Hand energieeffizient saniert werden sollen, und der neue Rechtsrahmen für Lebensmittel, die für eine besondere Ernährung bestimmt sind. Im September will die Kommission den Entwurf der neuen TEN-T-Leitlinien zu den europäischen Verkehrsnetzen vorstellen. Darüber hinaus liegen die Konsultationen der Kommission für die Überarbeitung der Richtlinie über Berufsqualifikationen und zur Filmförderung vor.

Neben den Fachthemen steht natürlich ein wichtiges Ereignis in diesem Herbst an: Im Oktober wird wieder das Bayerische Oktoberfest in Brüssel gefeiert, das sich inzwischen einen festen Platz im Brüsseler Veranstaltungskalender erobert hat. Dies wird eine gute Gelegenheit sein, Bayerisches Brauchtum und gute Gespräche zu verbinden.



Ministerpräsident Seehofer in Brüssel

>> Seehofer zu Barroso: „Finanztransaktionssteuer den Ländern geben!“

>> Ministerpräsident Horst Seehofer traf am 11.07.2011 in Brüssel mit Kommissionspräsident José Manuel Barroso zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs, an dem auch Europa-

ministerin, Emilia Müller teilnahm, stand die mittelfristige Finanzplanung der EU und die aktuellen Entwicklungen in der Staatsschuldenkrise. Seehofer lobte die Kommissionsvorschläge und plädierte gleichzeitig für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer – allerdings zugunsten der Mitgliedstaaten. Beim anschließenden Pressegespräch hob Präsident Barroso die große Wettbewerbsfähigkeit Bayerns hervor und bezeichnete das Land als „one of the export engines of Europe“. Bei einem weiteren Gespräch des Ministerpräsidenten mit EU-Regionalkommissar Johannes Hahn ging es um die künftige EU-Kohäsionspolitik. Insbesondere, wie der Freistaat Bayern die wirtschaftliche Entwicklung in Gebieten, die im Wettbewerb mit angrenzenden, stärker geförderten Regionen stehen, wirkungsvoll unterstützen kann.



Kommissionspräsident Barroso und Ministerpräsident Seehofer



Ministerpräsident Seehofer und Europaministerin Müller bei Regionalkommissar Hahn

Weitere Informationen und Fotos zur Brüsselreise von Ministerpräsident Horst Seehofer auf www.bayern.de

>> Ministerpräsident Seehofer und Siemens-Vorstandsvorsitzender Löscher diskutieren die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas mit Energiekommissar Oettinger

>> Im Anschluss an seine Gespräche lud Ministerpräsident Seehofer mit dem Vorstandsvorsitzenden der Siemens AG Peter Löscher in die Bayerische Vertretung ein, um gemeinsam mit dem Gesamtvorstand der Siemens AG und hochrangigen Vertretern der EU-Institutionen über die Verbesserung der globalen Wettbewerbsfähigkeit Europas zu diskutieren. Etwa 120 Gäste, unter Ihnen zahlreiche Europaparlamentarier sowie die EU-Kommissare Oettinger, Dalli und



V.l.n.r.: Siemens CEO Peter Löscher im Gespräch mit Europaministerin Emilia Müller, Energiekommissar Oettinger und Ministerpräsident Seehofer

Hahn folgten der Einladung.

Ministerpräsident Seehofer begrüßte die Gäste, sowie den Gesamtvorstand der Siemens AG, herzlich auf „bayerischem Boden“ in der Vertretung des Freistaats in Brüssel. Er berichtete über sein Gespräch mit Kommissionspräsident Barroso. Diesem gegenüber habe er sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ausgesprochen: „Ich bin persönlich ein großer Anhänger der Finanztransaktionssteuer“, so Seehofer. Offen sei aber, ob die Einnahmen aus einer solchen Steuer der EU überlassen werden sollten. Seehofer: „Wie wir sie verwenden und wer sie erhebt, darüber müssen wir noch weiter diskutieren.“

[Fortsetzung nächste Seite]

[Fortsetzung von S. 3] Der Ministerpräsident betonte weiter, dass Bayern zu den führenden Wirtschaftsregionen Europas gehöre und sich seiner Verantwortung für Europa Daher muss Europa sich auch den Herausforderungen bei der Sicherstellung seines Energiebedarfs stellen. Unternehmen wie Siemens spielen dabei eine herausragende Rolle.

Ebenso hob er die konstruktive Rolle von Siemens bei der Bewahrung von industriellen und hochqualifizierten Arbeitsplätzen hervor. Siemens-Vorstandsvorsitzender Löscher verwies darauf, dass die Siemens AG seit über 160 Jahren für , Qualität, Zuverlässigkeit und Internationalität



V.l.n.r.: Energiekommissar Oettinger, Siemens CEO Löscher und Ministerpräsident Seehofer

stehe und; dass das Unternehmen heute der global größte Anbieter umweltfreundlicher Technologien sei. Von den

430.000 Mitarbeitern seien mehr als die Hälfte in Europa beschäftigt. Auch Löscher betonte die Verantwortung seines global agierenden Unternehmens für die großen weltweiten Herausforderungen ebenso wie für den Heimatstandort Bayern. Die Wettbewerbsfähigkeit Europas hänge auch in besonderem Maße von der Wettbewerbsfähigkeit seiner großen Industrieunternehmen ab.

Energiekommissar Günther Oettinger griff diesen Gedanken auf und ging auf die gegenwärtige Finanzsituation ein: „Unsere Generation“, so der Kommissar, „hat zwei Fehler begangen: Zu viele Schulden gemacht und zu wenige Kinder bekommen“. Die Folge sei, dass eine gleichbleibende Schuldenlast in Europa sich auf immer weniger Schultern verteile. An strikter und disziplinierter Haushaltspolitik führe daher kein Weg vorbei. Europa werde sonst den weltweiten Wettbewerb nicht gewinnen, sondern, im Gegenteil immer mehr Einfluss verlieren: Diejenigen, die uns Geld leihen, so der Kommissar, tun das, entweder um des Profits oder des Einflusses willen. Daher muss Europa sich auch den Herausforderungen bei der Sicherstellung seines Energiebedarfs stellen. Unternehmen wie Siemens spielen dabei eine herausragende Rolle. Im Besonderen würdigte der Kommissar auch das innovative Veranstaltungskonzept dieses Abends in der Bayerischen Vertretung als vorbildliches Beispiel für „Public Private Partnership“, das einen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen EU- und Landespolitik einerseits und Wirtschaft andererseits ermögliche

>> Innovation im Mittelstand – Rückenwind aus Brüssel immer willkommen

Einen Dialog zwischen „echten Unternehmen“ und der Politik herstellen – das war das Ziel der Veranstaltung „Investition in Innovation - Herausforderungen für den Mittelstand“. Die Bayerische Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel hatte dazu am 21. Juni in die Bayerische Vertretung eingeladen, zusammen mit der Commerzbank Erfahrungen und Forderungen auszutauschen. Daran nahmen teil: die Europaabgeordnete Monika Hohlmeier (CSU), der Bereichsvorstand



V.l.n.r.: Jochen H. Ihler, Per-Ove Engelbrecht, Staatssekretärin Katja Hessel, Martin Kapp, Farhad Farassat, MdEP Monika Hohlmeier, Moderator Kim Adler.

Mittelstand der Commerzbank, Jochen Ihler, sowie der Leiter des Referats Unternehmens- und Innovationsfinanzierung in der Generaldirektion Unternehmen, Per-Ove Engelbrecht. Staatssekretärin Hessel warnte in Ihrer Rede vor einem Zurückfallen Europas bei Innovationen im internationalen Vergleich und begrüßte daher nachdrücklich den starken Akzent, den die Kommission auf Innovationspolitik lege.

[Fortsetzung nächste Seite]

[Fortsetzung von Seite 4] Die neue Ausrichtung des Forschungsrahmenprogramms müsse dem gerecht werden und endlich Schluss machen mit überlangen Prüf- und Bewilligungszeiten für Förderanträge und einem gerade für KMUs kaum zu bewältigenden bürokratischen Aufwand. Bayern, so berichtete sie, sei mit seiner Forschungs- und Industrielandschaft in Sachen Innovation gut aufgestellt, die Staatsregierung arbeite daran, diesen Stand zu halten und auszubauen. Rückenwind aus Brüssel sei hierzu immer willkommen. Herr Ihler von der Commerzbank berichtete von der Entwicklung der Mittelstands- und Innovationsfinanzierung in den letzten Jahren; in der langfristigen Tendenz seien die Ausüstungsinvestitionen in

Deutschland rückläufig, was Anlass zur Sorge gebe. Zumindest in der konjunkturellen Betrachtung seit der Krise habe sich das entsprechende Kreditvolumen aber wieder enorm gesteigert. Die Commerzbank bekenne sich zum langfristig orientierten Geschäftsmodell der Unternehmensfinanzierung als stabiler Partner von Unternehmen. Sie sei zunehmend dazu übergegangen, bei der Bewertung des Kreditrisikos nicht nur die Entwicklungen der Vergangenheit, sondern verstärkt auch die Potentiale einer Investition einzubeziehen.

>> GAP nach 2013: Staatsminister Brunner wirbt in Brüssel für bayerische Positionen



Landwirtschaftsminister Helmut Brunner in der Diskussion mit Kommissar Janez Potočnik

Am 25.05.2011 lud der Bayerische Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Helmut Brunner zu einer Veranstaltung zum Thema „Die GAP bis 2013: Welcher Spielraum bleibt zukünftig für die ländliche Entwicklung?“ in die Bayerische Vertretung in Brüssel ein. Vor hochrangigen Vertretern der EU-Agrarpolitik stellte er die bayerischen Positionen zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2013 vor.

Staatsminister Brunner forderte u.a. ein angemessenes Agrarbudget im EU-Haushalt, die Beibehaltung des Zwei-Säulen-Modells der GAP und die Erhaltung regionaler Entscheidungsspielräume als Voraussetzung für Akzeptanz in den Mitgliedstaaten und Regionen sowie einen tiefgreifender Bürokratieabbau. Diese Positionen fanden weitgehend Zustimmung auf dem Podium, das sich aus Vertretern der EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und Regionen zusammensetzte.

Im Vorfeld der Veranstaltung trafen sich Staatsminister Brunner und EU-Umweltkommissar Janez Potočnik. Dabei Potočnik gestand Bayern eine vorbildliche Agrarumweltpolitik zu. Die beiden Politiker betonten zudem, dass das geplante „Greening“, die Koppelung von Zahlungen an Umweltstandards, eine Chance zur Verbesserung der gesellschaftlichen Akzeptanz der GAP sei, auch hinsichtlich eines ungeschmälernten Agraretats. Sie waren sich darin einig,

dass auch künftig freiwillige Maßnahmen vor rechtlichen Regelungen möglich sein müssten.



Staatsminister Brunner vor Brüsseler Fachpublikum

>> Das geplante EU-Patentsystem – wettbewerbsfähig in einem globalen Markt?

>> Die Schaffung eines EU-weit geltenden, einheitlichen Patentschutzes war das Thema des Abends am 04.05.2011 in der Bayerischen Vertretung in Brüssel. Der Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, Dr. Walter Schön, hatte gemeinsam mit dem Bundesverband Deutscher Patentanwälte zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema „Das geplante EU-Patentsystem – wettbewerbsfähig in einem globalen Markt?“ eingeladen und eröffnete den Abend. Nach einem Grußwort des Präsidenten des Bundesverbands Deutscher Patentanwälte, Peter Wilhelm, hielt Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ihr Grundsatzreferat zur weiteren Entwicklung des Patentrechts in Europa. An der anschließenden Diskussion waren Europaabgeordneter Klaus-Heiner Lehne (EVP), Margot Fröhlinger von der Europäischen Kommission, der Vorsitzende Richter am Landgericht München I Dr. Peter Guntz, sowie Jako Eleveld von der Firma Philips Corporate Technologies beteiligt. Die Moderation übernahm Dr. Christof Keussen, Vizepräsident der Patentanwaltskammer.

Ein EU-weites, einheitlich geltendes Patent gibt es bislang nicht. Vielmehr zerfällt ein aktuelles europäisches Patent nach der Erteilung in ein Bündel nationaler Patente, die unabhängig voneinander im jeweiligen Land über das jeweilige nationale Gericht durchgesetzt und verteidigt werden müssen. Im Wege der verstärkten Zusammenarbeit sind nunmehr aber 25 Mitgliedstaaten dabei, einen einheitlichen Patentschutz zu schaffen. Dazu hat die Kommission entsprechende Verordnungsvorschläge vorgelegt, die im Rahmen der Abendveranstaltung diskutiert wurden.

> Zur Fotoreihe

Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger stellte den Stand der Verhandlungen im Rat dar und plädierte eindringlich dafür, das sich jetzt ergebende Momentum zu nutzen, um echte Fortschritte für die Innovationskraft zu machen und den einheitlichen Patentschutz in der EU zu verwirklichen. Dieser sei aber nur zusammen mit einer einheitlichen Patentgerichtsbarkeit zu verwirklichen. Dazu wird die Kommission in Kürze mögliche Lösungsvorschläge vorlegen; es deutet sich aber schon jetzt an, dass eine europäische Patentgerichtsbarkeit der Mitgliedstaaten sich an dem Modell der BENE-LUX-Gerichtsbarkeit für Geistiges Eigentum orientieren kann. Kritik übte sie im Detail bei zusätzlichen Übersetzungspflichten für einheitliche EU-Patente und der Kostenregelung (Höhe und Verteilung der Jahresgebühren), die derzeit in den Verordnungsvorschlägen der Kommission enthalten seien. Der Rat wolle dazu schon am 30.05.2011 eine allgemeine Ausrichtung erzielen.

Die anschließende Diskussion zeigte den deutlichen Wunsch nach einem zwar einheitlichen, aber auch rechtssicheren Patentschutz. MdEP Lehne versicherte die Unterstützung des EP, mahnte aber zugleich, das Paket zügig „als Ganzes“ zu verabschieden.



Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
(Foto: Veldemann)

Angeregte Diskussion im vollbesetzten Saal (von links: Leiterin der Bayerischen Vertretung Dr. Angelika Schlunck, Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Präsident des Bundesverbands deutscher Patentanwälte Peter Wilhelm, Amtschef des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz Dr. Walter Schön, Generalanwältin am Europäischen Gerichtshof Dr. Juliane Kokott. Foto: Veldemann)



>> Der gläserne Verbraucher

>> Am 03. Mai 2011 hat die Bayerische Justizministerin Dr. Beate Merk zusammen mit dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Peter Schaar, in die Bayerische Vertretung nach Brüssel eingeladen. Thema der spannenden Podiumsdiskussion war „Gläserne Verbraucher in der Online-Welt – Wie viel Datenschutz ist nötig?“ Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, Viviane Reding sprach in ihrer Rede einige zentrale Punkte der für Sommer 2011 angekündigten Neufassung der allgemeinen Datenschutzrichtlinie 95/46/EG aus dem Jahre 1995 an. Podiumsteilnehmer waren neben Peter Schaar, die beiden Europaabgeordneten Alexander Alvaro (ALDE) und Jan Philipp Albrecht (Grüne/EFA), sowie Jan Ostoja-Ostaszewski aus dem Kabinett von Vizepräsidentin Reding. Als einziger Vertreter der Wirtschaft beteiligte sich Peter Fleischer, Datenschutzberater von Google, an der Diskussion.

Staatsministerin Merk sagte in ihrer Rede, dass das Ziel der Europäischen Kommission, den freien Verkehr personenbezogener Daten im Binnenmarkt zu gewährleisten, zwar legitim erscheine, dass jedoch über personenbezogene Daten nicht in dem Maße frei verfügt werden könne, wie das bei Waren möglich sei. Ziel der neuen Datenschutzrichtlinie müsse es sein, den Einwilligungsvorbehalt und die Zweckbindung als tragende Grundprinzipien des Datenschutzes zu stärken. Merk betonte auch, dass gerade jüngeren Menschen ein Bewusstseinswandel beim Umgang mit ihren Daten zugestanden werden müsse, so dass für sie die Möglichkeit bestehe, die Löschung bestimmter Daten zu veranlassen. Ganz besonders wichtig sei im Interesse des Verbrauchers auch der Aspekt der Datensicherheit. Das Vertrau-



Bayerns Justizministerin Dr. Beate Merk

en der Verbraucher sei durch Vorkommnisse wie den Diebstahl von Millionen von Kundendaten bei den Nutzern des Sony-Playstation-Netzwerkes erschüttert worden. Gerade an diesem Beispiel zeige sich auch, dass nationale Datenschutzvorschriften durch internationale Vereinbarungen gestärkt und abgesichert werden müssen. Merk sprach sich außerdem für eine Unternehmens- bzw. behördeninterne Datenschutzkontrolle durch betriebliche Datenschutzbeauftragte aus.

[Fortsetzung nächste Seite]



Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Viviane Reding und Justizministerin Dr. Beate Merk

[Fortsetzung von Seite 7] Auch Vizepräsidentin Reding sprach über das Spannungsfeld aus notwendigem Datentransfer einerseits und schützenswerter Privatsphäre andererseits, in dem unsere heutige Informationsgesellschaft lebe. Den Schutz des Bürgers und die Gewährleistung von Transparenz miteinander zu vereinen, sei eine immense Herausforderung, sagte Reding. Ein neues, einheitliches Datenschutzrecht sei daher unvermeidlich und müsse auf 5 Säulen basieren. Die 1. Säule stellt für Reding das Recht auf Vergessen dar, was beinhaltet, dass eine Einwilligung zur Datenveröffentlichung auch zurückziehbar sein müsse. Die 2. Säule sei die Transparenz. Der einzelne Verbraucher müsse genau darüber informiert werden, für wen, warum, welche Daten gesammelt werden, und an wen man sich wenden könne, falls Rechte verletzt worden seien. Besonders die Nutzungsbedingungen für soziale Netzwerke müssten transparent gestaltet werden. Das Anlegen von Datenprofilen dürfe nur zweckgebunden oder nach informierter vorheriger Einwilligung des Verbrauchers erfolgen und müsse auch vollständig widerrufbar sein. Den 3. Eckpfeiler nannte Reding „Privacy by Design“ und Datenminimierung. Demnach müsse der Datenschutz schon bei der Entwicklung neuer Produkte eingebaut werden. Der 4. Eckpfeiler sei der verantwortliche Umgang mit personenbezogenen Daten. Eine gute und glaubwürdige Gesetzgebung könne dazu beitragen, das Vertrauen der Verbraucher in den verantwortlichen Umgang mit ihren Daten wieder herzustellen. Um eine solche Gesetzgebung auch umsetzen zu können, werden unabhängige Datenschutzbehörden benötigt. Eine weitere Maßnahme sei die Schaffung von betrieblichen oder behördlichen Datenschutzbeauftragten. Eine unabhängige Datenschutzkontrolle müsse der 5. Eckpfeiler des neuen Datenschutzrechtes sein. Abschließend sagte Reding, dass die Frage danach, wie viel oder wie wenig Datenschutz nötig sei, gar nicht relevant sei, da der Schutz von personenbezogenen Daten unteilbar sei.

In der anschließenden Podiumsdiskussion betonte der liberale Europaabgeordnete Alexander Alvaro, dass Daten die Währung des 21. Jahrhunderts seien. Die Bürger müssten immer wissen, wie und für welchen Zweck ihre Daten genutzt werden, um eine mündige Entscheidung darüber zu treffen, ob sie für die Nutzung ihr Einverständnis erteilen wollen oder nicht. Die Unternehmen und Behörden seien in der Pflicht die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass eine mündige Entscheidung der Bürger möglich gemacht werden könne. Darüber hinaus müsse man den Verbrauchern aber auch ein Mindestmaß an Eigenverantwortung zutrauen. Dies unterstützte auch der grüne Europaabgeordnete Jan Philipp Albrecht, der sich außerdem dafür aussprach, dass für jeden EU-Bürger immer und überall europäisches Datenschutzrecht gelten müsse. Peter Fleischer, der Datenschutzberater von Google, äußerte ähnlich wie Alvaro, dass er Daten als den Rohstoff der Informationsgesellschaft ansehe und dass es ein Maximum an Transparenz bei der Verwendung von Daten geben müsse. Bei der Löschung von zuvor zur Verfügung gestellten Daten sprach er von verschiedenen Kategorien. Bei Daten, die sich ausschließlich auf die betroffene Person beziehen, müsse die Löschung grundsätzlich machbar sein. Bei Daten hingegen, die von dritter Seite stammten, sei die Löschung schwieriger, da dies einer Zensur gleich käme. Auf die Kritik an Google-Streetview wollte sich Fleischer nur dahingehend äußern, dass Google sich schlussendlich mit diesem Produkt auf andere Märkte konzentrieren wolle. In Deutschland werde Streetview nach dem massiven Widerstand nicht ausgebaut.

Podiumsdiskussion mit dem Europaabgeordneten Jan Philipp Albrecht (Grüne/EFA), dem Datenschutzbeauftragten von Google Peter Fleischer, Moderator Nikolas Busse (FAZ), dem Bundesbeauftragten für Datenschutz und die Informationsfreiheit Peter Schaar, Jan Ostoja-Ostaszewski aus dem Kabinett von Vizepräsidentin Reding und dem Europaabgeordneten Alexander Alvaro (ALDE)

> Zur Fotoreihe



>> European Movement International Briefing mit Jean-Claude Juncker in der Bayerischen Vertretung in Brüssel

>>> Am Mittwoch, den 20. April 2011 begrüßte Staatsministerin Emilia Müller den luxemburgischen Premierminister und Präsidenten der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker, sowie den Präsidenten des European Movement International (EMI), Pat Cox, in der Bayerischen Vertretung. EMI hatte an diesem Abend zu einem Briefing zum Thema „Economic Governance - From crisis to resolution, from monetary to economic union?“ eingeladen. Als Hauptredner erläuterte Jean-Claude Juncker u.a., dass sich der Stabilitäts- und Wachstumspakt in seiner bisherigen Ausgestaltung als unzureichend erwiesen habe. Eine Wirtschafts- und Währungsunion erfordere eine verstärkte und gut funktionierende wirtschaftspolitische Koordinierung.

Im Vorfeld dieser Veranstaltung verlieh die Staatsministerin dem Politiker die Europamedaille des Freistaates Bayern, um die Verdienste Jean-Claude Junckers in einem vereinigten Europa zu würdigen.



Emilia Müller begrüßt den luxemburgischen Premierminister und Präsidenten der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker, und dem Vorsitzenden des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments, Jo Leinen

In ihrer Begrüßungsrede zum Briefing mit dem Thema „Economic Governance - From crisis to resolution, from monetary to economic union?“ führte Staatsministerin Müller aus, als Politikerin, die viel auf Reisen und in engem Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern sei, spüre sie die derzeit bestehende Unsicherheit. Deshalb sei es von zentraler Bedeutung, die wirtschaftspolitische Koordinierung zu intensivieren und das Funktionieren der Wirtschafts- und Währungsunion sicherzustellen.

Pat Cox erläuterte in seiner kurzen Ansprache, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise trotz der inzwischen erzielten großen Fortschritte noch lange nicht vorbei sei. Die Weltwirtschaft befinde sich noch immer in einem sehr fragilen Zustand. Dies

werde besonders deutlich an den weltweit steigenden Rohstoffpreisen sowie an den hohen Defiziten und Schuldenständen der öffentlichen Haushalte, insbesondere auch in den USA. Als Irene nahm Cox auch zur finanziellen Situation Irlands Stellung. Das letztes Jahr geschnürte Rettungspaket sei unabdingbar. Es gebe Irland die notwendige Zeit, um Reformen umzusetzen und Irland damit in die Lage zu versetzen, sich wieder zu angemessenen Konditionen an den Finanzmärkten zu refinanzieren. Irland sei vor allem deshalb in finanzielle Schwierigkeiten geraten, weil die irischen Banken unterstützt werden mussten. Dies komme vor allem auch den britischen, französischen und deutschen Banken zugute, die in Irland in großem Umfang investiert sind. [Fortsetzung nächste Seite]



Europaministerin Emilia Müller eröffnet das Briefing des European Movement International in der Bayerischen Vertretung in Brüssel

[Fortsetzung von Seite 9] Den Hauptredner des Abends, Jean-Claude Juncker, würdigte Cox als europäisches Vorbild, weil er als Premierminister eines der kleinsten Länder der EU immer eine Politik ohne Ländergrenzen betrieben habe, die stets auf das europäische Wohl konzentriert gewesen sei.

Jean-Claude Juncker führte aus, dass eine dezentrale Haushalts- und Wirtschaftspolitik Risiken für Ungleichgewichte in der Wirtschafts- und Währungsunion mit sich bringe. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt habe sich als unzureichend erwiesen. Eine Wirtschafts- und Währungsunion erfordere daneben eine gut funktionierende wirtschaftspolitische Koordinierung. Die wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa sei eine alte, aber bisher leider erfolglose Story. So wurde 1999 auf dem Gipfel des Europäischen Rates in Köln ein Europäischer Beschäftigungspakt verabschiedet und ein makroökonomischer Dialog zu Themen wie Lohnentwicklung oder Haushaltspolitik in Gang gesetzt. Im Jahr 2000 sei auf einem Sondergipfel des Europäischen Rates die sog. Lissabon-Strategie verabschiedet worden, welche die EU innerhalb von zehn Jahren zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten der Welt machen sollte. Das Ergebnis sei bekannt. Vor diesem Hintergrund sei die Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung durch die von der Kommission vorgeschlagenen sechs Legislativvorschläge von zentraler Bedeutung. Das wichtigste Element seien präventive Maßnahmen zur Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte. Jean-Claude Juncker zeigte sich zuversichtlich, dass es bis Juni zu einer Einigung zwischen Rat und Parlament über das Legislativpaket kommt. Den maßgeblich von Deutschland initiierten Euro-Plus-Pakt (Pakt für Wettbewerbsfähigkeit) wolle er nicht kritisieren, wirklich Neues stehe aber nicht in diesem Pakt. Ent-

scheidend sei, dass die Staats- und Regierungschefs die auf europäischer Ebene vereinbarten Maßnahmen dann auch tatsächlich national umsetzen.

Auf die Frage hin, ob die Behandlung von wirtschafts- und währungspolitischen Themen in einem informellen Gremium wie der Eurogruppe nicht zu einem Demokratiedefizit führe, entgegnete Jean-Claude Juncker, die Währungspolitik sei eine ernste Angelegenheit. Es sei daher richtig, dass Themen wie der permanente Krisenmechanismus oder die Rettungspakete in einem informellen Gremium wie der Eurogruppe und damit hinter verschlossenen Türen diskutiert werden. Wären solche Diskussionen öffentlich, würden durch jede einzelne Äußerung wichtiger europäischer Politiker Spekulationen an den Finanzmärkten angeheizt. Dies müsse verhindert werden.

Zusammenfassend sagte Juncker, dass das Europäische Projekt, und insbesondere die gemeinsame Währung, trotz aller Schwierigkeiten das Beste sei, was auf unserem Kontinent hätte passieren können. Die Krise aber habe den Staaten in jeder Hinsicht gezeigt, dass sie stärker zusammenarbeiten müssen, um erfolgreich zu sein.

> Zur Fotoreihe



Die Vorbereitung: die Leiterin der Bayerischen Vertretung Dr. Angelika Schlunck mit Europamedaille und Urkunde

>> Bayerische Europamedaille für Jean-Claude Juncker

In einer persönlichen Zeremonie im kleinen Kreis übergab Staatsministerin Müller Jean-Claude Juncker die Europamedaille in der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU in Brüssel. Gäste der Verleihung waren das luxemburgische Präsidiumsmitglied des Europäischen Parlaments, Astrid Lulling, sowie die Europaabgeordneten Markus Ferber (D), Ria Oomen-Ruijten (NL) und Doris Pack (D).

Die Europamedaille wird seit 1990 an Persönlichkeiten verliehen, die sich auf unterschiedlichste Weise besondere Verdienste um Bayern in einem Vereinten Europa erworben haben. Jean-Claude Juncker erhielt die Europamedaille als Auszeichnung und Anerkennung für sein herausragendes Engagement im europäischen Einigungsprozess. Schon 1985 hatte er für Luxemburg erstmals den Vorsitz im EU-Ministerrat inne. Maßgeblich wirkt er seither auf höchster Ebene an der Weiterentwicklung der EU mit.

Er gehörte zu den Schlüsselfiguren bei den Verhandlungen über die Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon. Als „Held von Dublin“ wurde er im Jahre 1995 zum Premierminister gewählt. Juncker in der Rolle des Vermittlers zwischen dem



Die Übergabe: Premierminister Jean-Claude Juncker und die Europaministerin Emilia Müller



Die angeregte Diskussion im Anschluss

früheren Bundeskanzler Helmut Kohl und dem damaligen französischen Staatspräsident Jacques Chirac gefeiert, als auf seine Initiative eine Einigung über den Stabilitäts- und Wachstumspakt zur Wirtschafts- und Währungsunion gelang. Seit 2005 ist Jean-Claude Juncker erster ständiger Vorsitzender der Eurogruppe. Mit der Verleihung der Europamedaille würdigte Staatsministerin Emilia Müller die unermüdliche Arbeit und die Verdienste Jean-Claude Junckers.



Staatsministerin Müller begrüßt die Gäste in der Bayerischen Vertretung

>> Staatsministerin Emilia Müller und vbw machen sich für eine bessere Finanzmarktregulierung stark

>> Eine Volkswirtschaft ist dann erfolgreich, wenn innovative Unternehmen der Realwirtschaft und leistungsfähige Finanzdienstleister zusammenwirken. Das Überspringen der letzten Finanz- in eine Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass das Wohlergehen beider Bereiche eng miteinander verknüpft ist. Als Lehre aus der Krise wird weltweit, auch in der

EU und ihren Mitgliedstaaten, eine neue Finanzmarktregulierung entwickelt. Sie soll den Finanzsektor stabilisieren, Ex-

zessen und Blasenbildungen vorbeugen und damit Risiken abbauen, auch für die Realwirtschaft und die Allgemeinheit insgesamt. Zur neuen Finanzmarktarchitektur gehören neben der bereits realisierten neuen europäischen Finanzaufsicht u. a. strengere Eigenkapitalvorschriften für Banken (Basel III) und Versicherungen (Solvency II) sowie Regelungen zum Krisenmanagement im Finanzsektor. Über diese Themen wurde im Rahmen einer Abendveranstaltung diskutiert, zu der die Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller und der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. Bertram Brossardt in die Bayerische Vertretung in Brüssel eingeladen hatten. Nach einer Begrüßung der Gäste durch Staatsministerin Müller und Bertram Brossardt, folgte eine Keynote-Speech von Europaabgeordnetem Markus Ferber. Im Anschluss daran moderierte Udo van Kampen, der Leiter des ZDF-Studios Brüssel, in gewohnt souveräner und unterhaltsamer Art eine sehr interessante Diskussion zu den noch laufenden Reformen im Finanzmarktbereich und den Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Podiumsteilnehmer waren neben Bertram Brossardt, Dr. Paulina Dejmek, Kabinettsmitglied von Binnenmarktkommissar Barnier, Europaabgeordneter Dr. Wolf Klinz, Peter Hofbauer, Vorstandsmitglied der UniCredit AG, sowie Hans-Peter Rupprecht, Corporate Treasurer der Siemens AG.

Staatsministerin Emilia Müller betonte in ihrer Begrüßungsrede die Notwendigkeit von mehr Stabilität, mehr Widerstandskraft und mehr Nachhaltigkeit für die Finanzmärkte, da sich Probleme im Finanzsektor unmittelbar auf die Realwirtschaft auswirkten. Finanzmarktreformen wie höhere Eigenkapitalanforderungen an Banken (Basel III) oder die neuen Vorschriften zur Ausstattung von Versicherungen mit Eigenmitteln (Solvency II) gingen grundsätzlich in die richtige Richtung, so Müller. Die zentrale Frage aber sei, wie sich die geplanten Regeln auf die Bereitschaft der Banken, Kredite zu vergeben, auswirkten. Ziel müsse es sein, die Regeln weltweit abzustimmen und in allen wichtigen Finanzmärkten der Welt umzusetzen.

Der Hauptgeschäftsführer der vbw, Bertram Brossardt, hob in seiner Begrüßungsrede die besondere Bedeutung eines guten Miteinanders von Finanz- und Realwirtschaft hervor. Notwendig sei eine bessere Finanzmarktregulierung. Sehr kritisch sieht Brossardt die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Diese sei nur vertretbar, wenn sie nach Steuersatz und Bemessungsgrundlage international gleichmäßig eingeführt werde.

MdEP Ferber erinnerte in seiner Rede an die Beschlüsse der G 20-Staaten in Pittsburgh vom September 2009, nach denen kein Finanzinstitut und kein Finanzprodukt unreguliert bleiben soll, damit die Stabilität der Finanzmärkte und ein ausreichender Schutz der Investoren sichergestellt sei und sprach sich im Gegensatz zur vbw für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer aus.



MdEP Markus Ferber spricht sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer aus.

Im Rahmen der anschließenden Podiumsdiskussion betonte MdEP Dr. Wolf Klinz die Notwendigkeit, dass die Auswirkungen der einzelnen Finanzmarktreformen kumulativ betrachtet werden.

Dr. Paulina Dejmek, Mitglied im Kabinett von Binnenmarktkommissar Barnier, kündigte die Vorschläge der Kommission zur Umsetzung von Basel III in europäisches Recht zusammen mit einer eingehenden Folgenabschätzung für Mitte Juli an. Aus Sicht von Hans-Peter Rupprecht von der Siemens AG betrafen die Basel III-Vorschläge vor allem den Mittelstand, da die Kreditvergabe teurer werde. Bei Siemens spielten Bankkredite hingegen im Moment keine größere Rolle, da man sich weitgehend über Unternehmensanleihen finanziere.

Peter Hofbauer, Mitglied im Vorstand der UniCredit AG, teilte mit, dass aktuell eher die mangelnde Nachfrage nach Krediten ein Problem sei. Finanzmarktregulierungsvorhaben wie Basel III stellten aber auf jeden Fall eine erhebliche Belastung für die Finanzwirtschaft dar.



Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. nimmt zur Verbesserung der Finanzmarktregulierung Stellung

Vorschau

Im August

Parlamentarische Sommerpause



Im September

Veranstaltung zum Thema „Geistiges Eigentum Gekapert - welchen Kurs gegen Marken und Produkt-Piraten?“

Veranstaltung zum Thema „Europas Parteien im Wandel —Diagnose und Strategien „

Auflösung der Eisblockwette



Impressum

Herausgeber:

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union in Brüssel

Rue Wiertz 77

B-1000 Brüssel

Tel.: + 32 2 237 4811

Fax: + 32 2 237 4943

E-Mail: Blickpunkt-Bruessel.Bayerische-Vertretung@stk.bayern.de

Web: www.bayern.de/europa

Inhaltlicher Verantwortlicher:
Dr. Philipp Stiel (V. i. S. d. P.)

Redaktion:
Vanessa Kohlhaas
Dr. Philipp Stiel

>> Zu allen Themen finden Sie zusätzlichen Multimediale Inhalte und Informationen wie Fotoreihen, Videos und weiterführende Links unter www.bayern.de/europa

>> Lesen Sie außerdem den zweiwöchig erscheinenden Europabericht zu aktuellen europapolitischen Geschehnissen

>> Anregungen und Kritik bitte per E-Mail an die Redaktion

>> Beachten Sie auch die aktuelle Initiative „Aufbruch Bayern“

Aufbruch Bayern 